

Europa im globalen sicherheitspolitischen Umfeld zu Beginn des neuen Jahrzehnts

Die Bedeutung der EU als globaler sicherheitspolitischer Faktor

In einer Zeit, in der der Ton zwischen militärisch wie wirtschaftlich wettbewerbsfähigen Großmachtblöcken substanziell rauer wird und die Frage „Zerbricht der Westen?“ an Bedeutung gewinnt, werden strategische Kapazitäten der EU in allen Bereichen der Sicherheitspolitik für die Überlebensfähigkeit der Union notwendig. Schon Ende des 20. Jahrhunderts hat der damalige Republikanische Vorsitzende des US-Streitkräfteausschusses, Senator John McCain, auf der Münchner Sicherheitskonferenz die Bedeutung des Beistandsartikels im NATO-Vertrag klar definiert: „Nichts Bestimmtes, von einem nuklearen Schlag bis zur Postkarte mit dem Ausdruck des Bedauerns“.

Von allen im sicherheitspolitischen Wettbewerb stehenden Großmächten weist die EU eindeutig die größten Defizite auf. Die Intentionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) weisen zwar in die richtige Richtung, werden aber massiv von nationalen Interessen und Befindlichkeiten beeinflusst. Die Schwäche der EU fordert die globalen Akteure nahezu heraus, ihren Einfluss in und auf Europa auszubauen und durch Aushöhlen der Einheit die Union in ihrer Glaubwürdigkeit und Substanz weiter zu reduzieren. Eine Grand Strategy Europas ist eine Herausforderung. EU und NATO sind mit schwindendem Rückhalt durch die USA sicherheitspolitisch eigentlich nur mehr bedingt glaubwürdig und kaum handlungsfähig. Die NATO kann zwar ohne die EU existieren, die EU aber nicht ohne NATO. Nicht-NATO-Mitglieder in der EU ohne glaubwürdige sicherheitspolitische Eigensubstanz sind somit zusätzlicher Ballast für die sicherheitspolitische Standfestigkeit der Union.

Die Pest des 19. und 20. Jahrhunderts, der Nationalismus, für Europa wesentlich leta-

ler als jede Pandemie, dominiert auch im 21. Jahrhundert.¹ Europa, gezeichnet durch den BREXIT und ohne klare geostrategische Ausrichtung der Hauptakteure Deutschland und Frankreich, ist eingeklemmt zwischen post-Trumps Amerika und der aufsteigenden Macht Chinas, und wird von, in seinem Selbstverständnis schwer verwundeten und von Sanktionen gezeichneten, Russland belauert. Dieses Europa braucht dringend tragfähige sicherheitspolitische Eigensubstanz (eine Strategie für Europa) und daraus abgeleitet Entscheidungs- und Durchsetzungsfähigkeit.² Substanz, in allen Bereichen einer europäischen Sicherheitspolitik, muss nachhaltig verbessert bzw. geschaffen werden, um auch als globaler (wirtschafts-) politischer Akteur ernst genommen zu werden.

Europa müsse die Sprache der Macht, die Anwendung von Grundsätzen der Geopolitik lernen, wie Ursula von der Leyen formulierte. Die verschiedenen Arten von Macht – ökonomische, politische, kulturelle und militärische – sind in Europa ungleich verteilt. Die Schwächen auf einer Seite reduzieren Stärken in anderen Bereichen. Ohne eine starke Wirtschaft ist keine kulturelle/gesellschaftspolitische Ausstrahlung, ohne militärische Zwangsmittel ist kein politisches Gewicht möglich.³ Deutschland ist wirtschaftlich stark und militärisch schwach, Frankreich umgekehrt. Macht im geopolitischen Sinn bedeutet Überzeugungskraft oder eben Zwang. Das ist unmöglich ohne eine glaubwürdige militärische Komponente von Sicherheitspolitik.

Wir erleben derzeit den „Hirntod der NATO“ und Aussagen wie: „Wenn Europa sich nicht als Weltmacht sehen kann, wird es verschwinden“. Die weder mit NATO- noch EU-Partnern abgestimmten Formulierungen des französischen Präsidenten vom November 2019 sind vor allem als sicherheitspolitischer Weckruf an Deutsch-

land zu verstehen, seine sicherheitspolitischen Interessen vis-à-vis den USA, Russland, China und der EU endlich zu definieren und, mit den entsprechenden Ressourcen unterlegt, in eine europäische Strategie einzubringen. Deutschland hat gewachsene strukturelle und mentale Defizite, um seine Größe und seine Wirtschaftskraft als sicherheitspolitischer Faktor umsetzen zu können und zu wollen.⁴ Die deutsche Kanzlerin reagierte unverzüglich und eindeutig auf die französischen Provokationen mit dem Hinweis, ein solcher „Rundumschlag“ sei „nicht nötig“.

Die EU wird zwar in absehbarer Zeit die USA in Europa nicht ersetzen können. Die weitgehende sicherheitspolitische (und militärische) Abhängigkeit und Zerstrittenheit sowie der Zwang zur Einstimmigkeit engen den europäischen Handlungsspielraum drastisch bis zur Neutralisierung der Union ein. Die EU hat in dieser Form eigentlich keine Perspektive und droht als globaler Akteur zu zerbröseln. Sie ist militärisch von den USA abhängig, wirtschaftlich zieht sie Vorteile aus intensiven Handelsbeziehungen mit China und droht in wesentlichen Segmenten vom Reich der Mitte abhängig zu werden. Eine inhomogene Union und NATO sind aber auch eine Herausforderung für die Kohärenz des Westens und begünstigten Trumps „America first“. Einflussnahme durch China und Russland wird herausgefordert und von diesen Staaten auch wahrgenommen.

China auf dem Weg zur Nummer 1

Während die USA in den vergangenen Jahren weit unter ihrem Niveau regiert – und besonders in jüngster Vergangenheit mit dem Slogan „America first“ an Kalkulierbarkeit und Glaubwürdigkeit als weltweit aktionswillige Supermacht drastisch verloren haben und zu einer Quelle von Unsicherheit wurden – zeigt sich China in seinen globalen Intentionen

nachvollziehbar. China trägt den Stolz und die Herablassung der ältesten Zivilisation der Erde mit sich. Belehrungen von außen lehnt es ab, jede Kritik weist es als unzulässige Einmischung von sich, ungeniert spielt es die Staaten des Westens gegeneinander aus. Den Zugang zu ihrem riesigen Markt, so erwarten es die Chinesen, wird sich niemand versperrern wollen.⁵

Es ist nunmehr das erste Mal in der Neuzeit, dass das Reich der Mitte mit seinen sicherheitspolitischen Zielsetzungen weit über seine Grenzen hinausgreift. Eine straff geführte wirtschaftliche Supermacht, im Inneren steigend repressiv und militant national, zunehmend abgesichert durch eine entsprechende militärische Komponente, ist entstanden – die USA sind auch maritim nachhaltig herausgefordert. „China first“ als globale Maxime von Präsident Xi trifft auf das „America first“ von Trump.

Die sogenannten „Neuen Seidenstraßen“ sollen Märkte nutzen und erobern, Know-how weltweit transportieren, Konkurrenten abhängig machen oder neutralisieren bzw. einbinden und das weitere wirtschaftliche und politische Wachstum Chinas, auch maritim abgesichert, ermöglichen. Einflussmöglichkeiten, vor allem der USA, sollen reduziert bzw. verhindert werden. Die Auseinandersetzung um die globale sicherheitspolitische Vorherrschaft, um die dominierenden politischen und wirtschaftlichen Einflussgrößen, um die jeweiligen Gesellschaftssysteme zwischen den USA, der Russischen Föderation und China, ist im vollen Gange.

Vor allem China gibt derzeit das Tempo vor. Die USA, an „imperial overstretch“ leidend, haben mit Verzögerung diese essentiellen Herausforderungen erkannt und versuchen zumindest gegenzusteuern. Darüber hinaus gibt es augenscheinlich gravierende Mängel bei der sicherheitspolitischen Entscheidungsaufbereitung und Risikobeurteilung in der US-Administration. „America first“ bedeutete unter Trump auch deutliche Reduktion der Einordnung in und Nutzung von internationalen Organisationen und Verbündeten. Die Stärke der Weltmacht USA liegt auch in deren Fähigkeit, als globale und westliche

lead-nation, Verbündete in internationalen Strukturen aufzubauen und zu nutzen. Nunmehr drohen die USA Soft Power durch den Rückzug aus internationalen Strukturen zu verlieren. Ein wesentliches Kriterium einer Weltmacht erodiert. Es dominierte der „America first“ Ansatz.⁶ Die USA können und wollen internationale Organisationen und Vereinbarungen zur Unterstützung ihrer Interessen zunehmend nicht mehr nutzen, schwächen diese und verlieren dadurch international unterlegte Glaubwürdigkeit.⁷ „America first“ bewirkte zunehmend „America alone“. „Der Starke ist am mächtigsten allein“ wird zum Credo.⁸

China und Russland nutzen Schwächen der USA und der EU

Vor allem China versucht unverzüglich den freiwerdenden politischen Spielraum zum Ausbau des eigenen Einflusses in derartigen Organisationen zu besetzen und nutzt jedwede Schwäche und jeden politischen Fehler der USA und die machtpolitische Abwesenheit der EU. Die kommunistische Partei (KPCH) nutzt und steuert die Symbiose eines stringenten Staatskapitalismus mit Elementen aggressiver Marktwirtschaft zum Aufbau von Soft Power⁹. Alle Kapazitäten zum Auf- und Ausbau von Soft Power werden unmittelbar unter dem Zentralkomitee der KPCH in einer Einheitsfront gebündelt und zentral gesteuert zur Wirkung gebracht.

Auch Mitglieder und Beitrittskandidaten der EU werden durch gezielte politische und wirtschaftliche Maßnahmen beeinflusst. Die Union, ohne strategische und gesellschaftspolitische Standfestigkeit (weil ohne sicherheitspolitische Konzeption und effiziente Führungsstrukturen) und sicherheitspolitisch vom Einstimmigkeitszwang geknebelt, wird dadurch weiter geschwächt und kann eigentlich kaum effizient gegensteuern.¹⁰

Europa nicht mehr im strategischen Schwergewicht der USA

Die aggressiven geopolitischen Interessen Chinas kollidieren vor allem im Südosten Asiens mit jenen der USA. Die STAN-Staaten Zentralasiens sind zunehmend chinesischem Einfluss zuzuordnen. Sie sind

essentiell für die Landkomponente der „Neuen Seidenstraße“. Die Hauptherausforderung der USA liegt in der maritimen Komponente vor allem im Südchinesischen Meer und im Schutz Verbündeter im Südosten Asiens und deren Nutzung vis-à-vis China. Parallel wird eine nationalistisch dominierte sicherheitspolitische Kleinstaatenswirtschaft in Europa ohne gemeinsame Strategie immer mehr zum sicherheitspolitischen Risiko für die USA und auch für Europa selbst.

Europa und die NATO sind nunmehr eindeutig außerhalb des globalen Schwergewichts der USA gelegen. Diese Beurteilung ist im innenpolitischen Spektrum der USA weitgehend unbestritten und nicht Trump-spezifisch. Die daraus abzuleitenden Konsequenzen für die europäische sicherheitspolitische Resilienz wurden bis vor kurzem in Europa ungenügend berücksichtigt und, da un bequem, verdrängt. Allerdings findet gegenwärtig eine Debatte zu „strategischer Autonomie“ in allen europäischen Hauptstädten statt. Die Forderung Trumps zur Stärkung der sicherheitspolitischen Standfestigkeit durch die Europäer zur Entlastung der in Asien mit Masse gebundenen Kapazitäten der USA ergab Sinn. Im Wirtschaftskonflikt der USA mit China geht es daher um weit mehr als Zahlen in der Handelsbilanz.¹¹

Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA definierte China bereits 2017 als strategischen Rivalen. US Verteidigungsminister M. Esper artikulierte beim Davos Forum im Jänner 2020 die neue US Verteidigungsdoktrin als Abkehr vom Paradigma des Antiterrorkampfes der vergangenen Jahrzehnte. „Wir befinden uns nun in einer Epoche der Großmacht Konkurrenz, und unsere wichtigsten Herausforderer sind erst China, dann Russland. Wir müssen uns also fortbewegen, von Konflikten mit niedriger Intensität und uns wieder vorbereiten auf hochintensive Kriegsführung.“

Herausragende Bedeutung der digitalen Vorherrschaft bzw. Mitgestaltungsmöglichkeit

Eine herausragende Bedeutung im globalen Konflikt zwischen den USA und China hat der Wettbewerb um die Vorherrschaft

in der digitalen Welt. Die strategische Rivalität zeigt sich in einem technologischen Kalten Krieg, einem Ringen um technologische Einflussphären.¹² Die strategische Rivalität zwischen den USA und China umfasst unter anderem die Auseinandersetzung um die technologische Dominanz im 21. Jahrhundert.¹³ Die US-Demokraten und Republikaner beurteilen diese Herausforderung für die USA und den Westen analog.

Der Traum der digitalen Globalisierung erschien plötzlich unrealistisch. Nunmehr ging es aus US-Sicht um die Entkopplung der USA von China im Bereich der Digitalisierung und digitaler Champions. China hat bereits vor mehr als 20 Jahren begonnen, eine große Brandmauer um sein Internet zu installieren. Die digitalen Großkonzerne der USA werden teilweise geblockt bzw. blocken Teile ihres Angebots bereits vorneweg. Es gibt nunmehr zwei globale digitale Einflussphären. Staaten haben sich vor allem in ihrer digitalen Grundausrichtung zwischen den beiden Weltmächten zu entscheiden: staatlich dominierte Chinesische Großkonzerne (Huawei) oder westliche Ausrüster.¹⁴ Eine europäische Alternative existiert kaum gegenwärtig.

Die USA sehen ihre nationale Sicherheit bedroht, fürchten durch den Einbau von Hintertüren unbemerkten Zugriff bzw. „Kill Switches“ für kritische Infrastruktur über 5G. Während bei der Einführung des 4G-Standards ab 2008 die USA noch technologisch führend waren, hat China nach 180 Mrd. Dollar Förderung von 5G durch die KPCH die technische Dominanz vor allem via Huawei.¹⁵ Die Nutzung von 5G revolutioniert das gesamte digitale Spektrum, vor allem von kritischer Infrastruktur, die Sektoren Industrieroboter, Internet der Dinge, Autonomes Fahren, den gesamten Komplex der Sicherheitstechnik¹⁶, Smartphones und Videospiele.¹⁷ Der führende 5G-Anbieter wird damit in den nächsten 10 Jahren hunderte Milliarden an Umsatz weltweit machen können und die Dominanz bei der Datenbeschaffung und -nutzung haben.

Die Achillesferse Chinas ist (noch) die Importabhängigkeit des Landes von hoch-

qualitativen Chips. Das Land hat einen Rückstand in der Halbleiterproduktion und ist beim Erwerb von Spitzentechnologie vom Ausland abhängig.¹⁸ Die USA machen konsequenterweise Druck auf potente Lieferanten. China holt aber augenscheinlich auf. Es droht die USA in Schlüsselindustrien des 21. Jahrhunderts einzuholen. China wird alle Abhängigkeit bei der Entwicklung nationaler Fähigkeiten zur Führung dieses Technologiekrieges vom Ausland lösen und eine völlige Autarkie anstreben.¹⁹

Die Positionierung der EU in dieser Konfrontation der beiden dominierenden Weltmächte ist eine, bereits wirksame, Herausforderung für Europa und den Westen. Die globale Rolle der EU wird dadurch definiert. Wenn die EU nicht in der Spitzengruppe bei der Digitalisierung auftreten und mitgestalten kann, dann droht Souveränitätsverlust, Abhängigkeit, Fremdbestimmung und Wohlstandsverlust. Europa droht der Verlust der Mitgestaltungsmöglichkeit bei der Datensouveränität, bei Klimaschutz, digitaler Modernisierung und Stellenwert der Freiheit des Individuums im Vergleich zu chinesischem totalitären Staatskapitalismus und radikalisiertem Privatkapitalismus der USA. Europa verfügt derzeit kaum über Strukturen zur Erreichung digitaler Datensouveränität, es ist von nicht-europäischen Technologiekonzernen abhängig. Ein zumindest teilweise digitales souveränes Europa ist aber Voraussetzung für globale sicherheitspolitische Mitgestaltungsmöglichkeit und somit für eine Weltmacht Europa, die im globalen Spektrum ernst genommen werden muss. Nur hierdurch kann ein Abstand zu den beiden Großen im stattfindenden Technologiekrieg zwischen den USA und China und eine gewisse vermittelnde Position im eigenen Interesse bewahrt werden. Die Worte des französischen Präsidenten von Ende 2019, ein Europa ohne Weltmachtbewusstsein wird als globaler Faktor verschwinden, werden sich bewahrheiten.

Der Aufbau national-europäischer digitaler Substanz ist eine ganz besonders unter Zeitdruck stehende Herausforderung für die Zukunft der EU. Nimmt man die Investitionen von China und den USA unter

Einschluss der privaten Giganten von der Westküste als Maßstab, so würde die EU, wenn sie eine digitale Aufholjagd (und damit sich selbst) ernst nehmen, wohl über eine Dekade hinweg mindestens jährlich 1 bis 2% des BIP von 13,5 Billionen Euro im digitalen Bereich investieren müssen, was auf eine jährliche Investitionssumme von 135 Mrd. bis 279 Mrd. Euro über eine Dekade hinweg hinausliefe.²⁰ Diese Beurteilung durch den deutschen Außenminister Joschka Fischer von 1998 bis 2005 (Partei „Bündnis 90/Die Grünen“) ist besonders bemerkenswert, artikuliert sie doch eine *conditio sine qua non* für die glaubwürdige Zukunft der EU als globalen Machtfaktor, deren Erreichbarkeit sowohl die innere als auch die äußere Befindlichkeit der Union in ihrem Ist-Zustand nicht erwarten lässt. Die EU verfügt derzeit vor allem über Kapazitäten in den Bereichen Forschung und Entwicklung.

USA streben wirtschaftliches „decoupling“ von China an

Das jahrzehntelange Bestreben der US-Politik, China in die liberale Weltordnung einzubinden, ist somit endgültig gescheitert. Im Gegenteil: China hat mit seiner politischen und wirtschaftlichen Kraft eine eigene Definition seiner Weltordnung eingebracht und umzusetzen begonnen. China ist ein systemischer Rivale des Westens geworden. „Decoupling“ wird von den USA als Gegenstrategie verfolgt, da die Verwobenheit Chinas mit westlichen und internationalen Interessen bereits gegeben ist. Vor allem Deutschland, als stärkste Wirtschaftskraft der EU und besonders intensiv mit China verwoben, kann einen eigenständigen wirtschafts- und damit sicherheitspolitischen Gestaltungsspielraum gegenüber China nur mehr bedingt nutzen bzw. riskieren.

Die EU verfügt über keine Europäische Sicherheitsstrategie und somit auch über keine geschlossene und eindeutige Definition ihrer Position gegenüber China. Dieses Europa ist somit kein kalkulierbarer und glaubwürdiger sicherheitspolitischer Faktor aus US-Sicht, sondern eher eine Belastung vor allem vis-à-vis China.

Vor diesem Hintergrund hat der ehemalige US-Präsident Richard Nixon bereits die Befürchtung geäußert, durch die von ihm initiierte Einbindung Chinas in die Weltpolitik in den 70er Jahren, einen Frankenstein geschaffen zu haben.

Steigende Bedeutung einer modernisierten atomaren Komponente der Streitkräfte

Alle relevanten Atomstaaten modernisieren mit hohem Mittelaufwand ihre Arsenale.²¹ Auf strategischer und operativer Ebene sollen moderne ballistische Systeme gegenwärtige und zukünftige Raketenabwehrsysteme durchdringen können. Durch Modernisierung von taktisch-operativen Systemen wird deren Zielgenauigkeit, Wirkung und Handhabbarkeit verbessert, Kollateralschäden werden reduziert. Die Hemmschwelle für den Einsatz wird dadurch ebenso sinken, sie werden einsetzbarer.

Vor allem Russland, wirtschaftlich problembehaftet und mit kaum vorhandenen absehbaren Wachstumspotentialen, kann durch die Modernisierung bestimmter Waffensysteme konventionelle Schwäche kaschieren und hierdurch politische und militärische Reichweite simulieren und weit in das Vorfeld auch in Europa hineinwirken. Moskau verfügt über eine breite Palette von derartigen Systemen, die aus europäischer Perspektive strategische Systeme sind und die Fähigkeit zur Eskalationsdominanz haben. Sie erfassen einen potenziellen Kriegsschauplatz Europa unter Ausschluss der USA.

Erste erkennbare Intentionen Russlands und Chinas, ihre Frühwarnsysteme zu koppeln, könnten eine Allianz einleiten, welche die globale Sicherheitspolitik völlig verändern könnte.²² Die Wahrscheinlichkeit des Einsatzes von Atomwaffen in einem regional begrenzten und begrenzten Konflikt ist heute höher als in den 80er Jahren.

Russland als Partner im Ringen um globale Dominanz

Die Affinitäten zu China sind wesentlich ausgeprägter als jene zu den USA und Europa. China weist eine marxistisch-leninistische Ideologie als Staatsmaxime mit kapitalistischer Wirtschaftspolitik auf und nutzt seine Wirtschaftskraft zur Durchsetzung seiner nationalen Zielsetzungen. Der straffe ideologische Zentralismus, umgesetzt durch die Kommunistische Partei mit ihren aggressiven Substrukturen sowohl nach Innen als auch nach Außen und unterlegt mit einer effizienten, den Kapitalismus nutzenden, Wirtschaftskraft, gibt dem Land einen herausragenden internationalen Stellenwert und hohes Selbstbewusstsein. Dem Land fehlen allerdings strategische Ressourcen und Rohstoffe und nutzbarer Raum für seine Bevölkerung.²³

Russland, hingegen, verfügt über Ressourcen, Rohstoffe und Raum mit einem extremen Bevölkerungsdefizit. Seine wirtschaftliche und politische Struktur baut auf dem Erbe der Sowjetunion auf und nutzt ein auf Korruption aufbauendes Oligarchen-System zur Schaffung und Behauptung von Abhängigkeiten. Die Russisch-Orthodoxe Kirche unterstützt die Glaubwürdigkeit des Regimes und wird von diesem zu dessen Legitimation genutzt. Der Verlust des Weltmachtstatus ist ein nationales Trauma und wird vor allem durch die Rolle im Sicherheitsrat der VN und Modernisierung und Ausbau der atomaren Waffenfähigkeiten zu kompensieren versucht. Die NATO-Erweiterung in Europa und die Nichteinbindung Russlands in eine eurasische Sicherheitskonzeption werden als Teil einer Einkreisungsstrategie gesehen. Die Schwächung der EU als sicherheitspolitischer und der NATO als militärischer Akteur ist die Zielsetzung. Russische Beeinflussungsmöglichkeiten bis hin zu hybrider Kriegführung nutzen die sicherheitspolitische Schwäche der EU.

Eindeutige Signale einer signifikanten Reduktion strategischen Engagements der USA in Europa, in Teilen des Nahen und Mittleren Ostens (aus der geographischen

Perspektive Europas) und in Nordafrika²⁴ waren unter Trump erkennbar. Russland und Regionalmächte, auch solche, die sich selbst als derartige definieren und hierbei überschätzen, erhalten dadurch weitgehend unkontrollierbare Entfaltungsmöglichkeiten in der MENA-Region (Middle East and Northern Africa). Der sicherheitspolitisch gespaltenen EU, da ohne europäische Strategie und Substanz sowie zusätzlich durch den BREXIT massiv geschwächt²⁵, wird hierdurch ihre Ineffizienz, auch direkt vor ihrer „Haustüre“, laufend vor Augen geführt. Sie verliert zunehmend Glaubwürdigkeit in allen Bereichen. Die USA konzentrieren ihre Ressourcen auf Süd- und Südostasien und somit vis-à-vis China.

Strategische Annäherungsfelder zwischen Europa und den USA (dem „Westen“) zu Russland wurden vor allem durch die Okkupation der Krim und den Einmarsch in die Ostukraine zerstört sowie durch brutale und somit spektakuläre Geheimdienstoperationen gegen Systemopponenten. Demokratische Mindeststandards sind kaum erkennbar. Die Annexion der Krim und die russische Einmischung in die Ostukraine trug wesentlich zur Konsolidierung eines ukrainischen Nationalbewusstseins bei. Die Akzeptanz Russlands als Alternative zu einer Westausrichtung des Landes ist in der ukrainischen Bevölkerung augenscheinlich massiv gesunken.

Die Sanktionen des Westens schwächen Russland nachhaltig, öffnen die wirtschaftliche Schere zum Westen weiter und unterstützen eine kontinuierliche strategische Annäherung an China.²⁶ Parallel zur europäischen Diskussion um Nord Stream 2 als allfälliges Sanktionswerkzeug vis-à-vis Moskau laufen die Planungsarbeiten für die Pipeline Power of Siberia 2 von Westsibirien über die Mongolei nach China als Ergänzung zu Power of Siberia, seit Ende 2019 von Sibirien bis Shanghai in Betrieb.²⁷ Die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Staaten wachsen kontinuierlich, während jene von Russland zu Deutschland abnehmen. China ist bei westlichen Sanktionen der lachende Dritte.²⁸

Das Vertrauen der russischen Bevölkerung in sein Regime als Garant einer inneren prosperierenden Entwicklung sinkt, Repressionsmaßnahmen zur Stabilisierung sind notwendig. Eine neue Verfassung bietet hierfür erweiterte Ansatzmöglichkeiten. Auch eine spezifische Interpretation der Geschichte des Vielvölkerstaates soll russischen Nationalismus unterstützen. Opposition und „Verräter am Vaterland“ werden sowohl im Inland als auch im Ausland spektakulär und damit abschreckend verfolgt.

Das Regime in Weißrussland ist politisch, ideologisch und wirtschaftlich weitgehend von Russland abhängig. Die Bildung einer Föderation mit Russland mit eigener Präsidentschaft hätte für Putin Amtszeiten als Föderationspräsident ohne neue Verfassung und Referendum in Russland eröffnet. Der weißrussische Präsident beanspruchte allerdings diese Funktion für sich und verhinderte hierdurch diese Entwicklung. Dies prägt die bilateralen Beziehungen. Russland will die Integration Weißrusslands vor allem durch Subventionszug für Rohstofflieferungen beschleunigen und die wirtschaftlichen Abhängigkeiten nutzen. Weißrussland, eine strategische Pufferzone zwischen Russland und NATO, weist vis-à-vis Russland nur überschaubare Resilienz auf. Eine gesellschaftspolitische Annäherung Weißrusslands an EU und NATO ist aus russischer Sicht inakzeptabel. Die Hauptgefahr für die innere Stabilität von Putins Russland geht nicht von den militärischen Kapazitäten des Militärbündnisses aus, sondern von Demokratiebewegungen und Protesten wie in der Ukraine oder in Weißrussland und der Attraktivität des Demokratie- und Wohlstandsmodells der EU.

Hybride Konfrontation besonders zukunftsträchtig

Wir stehen vor einer Zukunft, in der militärisch wie wirtschaftlich wettbewerbsfähige regionale Großmachtblöcke wieder die organisierte Gewalt in verschiedenen Facetten von wirtschaftlich, stellvertreterkriegführend, propagandistisch, hybrid bis hin zu territorial expansiv, als politische Kommunikationsmittel (wieder-)entdeckt haben. Besonders „zukunftsträchtig“

erscheint der hybride Ansatz. International ist man sich einig über die Bedeutung dieser Art Konflikt: niemand versteht ihn, aber jeder/alle (einschließlich NATO/EU) stimmen überein, er ist ein Problem.

Eine Definition bezeichnet hybride Ansätze als Kombination von konventionellen und irregulären Kampfweisen in Verbindung mit terroristischen Aktionen und kriminellem Verhalten. Die Krim-Intervention sowie der Russische Einsatz im Osten der Ukraine wird als hybrid definiert, unter anderem wegen der Truppen ohne Hoheitsabzeichen sowie der völkerrechtlich verbotenen Hasspropaganda²⁹. Elemente dieser „Kriegführung“ sind verdeckte Einsätze auf fremdem Territorium, Nutzung von umfangreichen Kampfmitteln, die auch ABC-Elemente und improvisierte Kampfmittel beinhalten können, Desinformations- und Propagandakampagnen sowie Cyberattacken. Digitale Einflussnahme auf die Genesis des BREXIT, die Gelbwesenbewegung, die Katalanischen Unabhängigkeitsintentionen, die prorussische Politik in Serbien, Wahlen in den USA, Rolle von Akteuren in Nordafrika und im Nahen Osten mögen weitere Beispiele sein.

Der Generalstabschef der russischen Streitkräfte, (GenObst Waleri Gerassimow), bezeichnete die Durchschlagkraft von hybriden Aktivitäten in einigen Fällen deutlich höher als die von konventionellen Waffen. Das Erkennen von Maßnahmen und die Reaktion auf hybride Aggression bzw. Aktion erfordern spezifisch vernetzte Sensoren, besonders zu entwickelnde gesamtstaatliche bzw. gesamteuropäische Führungsgrundlagen und Führungsverfahren sowie besondere Entscheidungsstrukturen. Gegenmaßnahmen können extrem zeitnahe Entscheidungen erfordern und somit einen ungehinderten Daten- und Informationsfluss zwischen allen Ebenen, national und international. Besondere Führungszentralen sind hierzu notwendig und sie müssen rund um die Uhr einsatzbereit sein. Eine besondere und kaum zu bewältigende Herausforderung für alle Akteure sowohl innerstaatlich als auch auf europäischer Ebene ist gegeben.

Die USA nach der Übergabe des Präsidentenamtes an Joe Biden

Ein Hauptelement der geopolitischen Entwicklung zu Beginn der dritten Dekade des 21. Jahrhunderts ist der dramatische Vertrauensverlust in die USA als sicherheitspolitischer Anker für „den Westen“ ausgelöst durch vier Jahre Trump. Die Spaltung der politischen Elite der USA und auch der Gesellschaft in eine „America first“ und eine „Pax Americana“ befürwortende Hälfte reduziert Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die USA auch für befreundete und verbündete Staaten und Strukturen. US-Sicherheitspolitik könnte auch in Zukunft als Spiegelbild der innenpolitischen Fragmentierung des Landes nur mehr in Wahlperioden kalkulierbar sein und damit den Anspruch auf Weltmachtstatus massiv beschädigen. America first a la Trump bleibt ein wesentlicher Faktor in großen Teilen der republikanischen Wähler. Auch ein neuer Präsident wird die US-Interessen verfolgen, nur geschickter und weniger radikal. Soziale und wirtschaftliche Polarisierung, Einkommenssteigerung für Benachteiligte, Steigerung der Krankenversicherten, geringe Sozialleistungen, reduzierte soziale Mobilität sind die echten Herausforderungen im Inneren für die neue Administration.

Sowohl Demokraten als auch Republikaner sehen in China die Herausforderung der USA in ihrer Rolle als Weltmacht und vor allem im pazifischen Raum. Auch die Militärstrategie der USA sieht China als Hauptproblem. Der Rücktritt von den TPP Verhandlungen unter Führung der USA mit Amtsantritt Trumps ebnete den Weg für China in den pazifischen Raum durch RCEP unter Einschluss liberaler Demokratien und Ausschluss der USA. Indien wurde nicht ausgeschlossen, sondern trat freiwillig wegen Bedenken bezüglich eines zu großen Handelsdefizits gegenüber China aus. Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den USA und den großen Demokratien des Indo-Pazifiks (Indien, Australien, Japan) hat sich in den letzten Jahren, und vor allem unter Trump, intensiviert. Die Wiederbelebung der Quad und Militärbungen wie Malabar unterstreichen das. Die Konfrontation zwischen den USA

und China bleibt die globale sicherheitspolitische Hauptherausforderung. Auch der Kampf um die digitale Vorherrschaft ist in vollem Gange. China strebt Autarkie vis-à-vis den USA sowie den Aufbau digitaler und damit wirtschaftlicher und politischer Dominanz an und bündelt seine Ressourcen zur Zielerreichung. Auch die Philosophie der Neuen Seidenstraße ist wesentlicher Teil dieser Zielsetzung. Gebündelte Soft Power Chinas trifft auf eine durch America first beschädigte USA. Für Chinas Führung sind die USA eine absteigende Macht. Aus ihrer Sicht spielt es keine Rolle, wer US-Präsident ist. Die USA können die Entfaltung Chinas längerfristig nicht verhindern, sondern nur verzögern. China ist im Aufstieg zur dominierenden Macht und strebt die Ablöse der USA als Nummer 1 an.

Die Wiedergewinnung von Vertrauen, nicht nur der Anrainerstaaten des Pazifiks, sondern generell in langfristig kalkulierbare US-Sicherheitspolitik, und der wirtschaftspolitischen Umsetzung in neue Rahmenbedingungen, ist die Herausforderung an den neuen Präsidenten.

China folgt weiter langfristiger Strategie

China hingegen kann seine langfristige globale Strategie weiterverfolgen. Während China im US-Wahlkampf ein prägender Faktor war, spielte dieser in China selbst nur eine geringe Rolle. Die Wahl Bidens sollte die USA allerdings wieder zu einem Konkurrenten um Märkte und Einfluss im pazifischen Raum machen.

Eine abgestimmte Vorgangsweise der EU mit den USA auch im pazifischen Raum gegenüber China ist auch ein Faktor für die Entwicklung der transatlantischen Partnerschaft und damit für den weiteren Stellenwert der NATO im globalen Sicherheitsgefüge der USA. Die „Hauptbaustelle“ der US-Außen- und Sicherheitspolitik aber ist und bleibt ein Containment Chinas und seiner über die ideologischen und geographischen Grenzen hinausgehenden Intentionen. Die USA werden unter Biden dem Aufbau und der Revitalisierung von Soft-Power-Strukturen und der Nutzung bzw. Abstimmung mit Partnern wieder

Bedeutung beimessen. Dies müsste eigentlich einer potenten EU an der Seite der USA nachhaltige Mitgestaltungsmöglichkeiten eröffnen.

Zustand der EU schwächt den Westen vis-à-vis China und Russland

Die EU ist und bleibt aber eine besondere sicherheitspolitische Herausforderung im globalen Gefüge: Wirtschaftlich eine Weltmacht, im Inneren Fragmentierungserscheinungen zeigend, kaum Hard Power zur Stabilisierung ihrer Interessensphären, international auch wirtschaftspolitisch nur sehr bedingt paktfähig, ohne effiziente Entscheidungs- und Führungsstrukturen und ohne eine umfassende und die Union stabilisierende Strategie strebt sie internationale Positionierung an. Der Zwang zu Einstimmigkeit macht die Union bereits durch einzelne Mitglieder erpressbar und handlungsunfähig. Die EU ist das Ergebnis von Jahrzehnten aufgeschobener aber eigentlich unabdingbarer Grundsatzentscheidungen und von nicht tragfähigen Kompromissen ganz unterschiedlicher Mitglieder. Der BREXIT hat in dieser Gemengelage einen Nährboden gefunden.

Die innere Befindlichkeit der EU bindet substantielle Ressourcen zu Problemlösungsversuchen ihrer Zukunft. Die EU ist mit sich selbst beschäftigt. Die Notwendigkeit von an die Substanz des Ist-Zustandes der EU gehende Veränderungen wird ersichtlich. Die verfügbaren Werkzeuge und Verfahren zum Management und zur Führung einer wirtschafts- und damit sicherheitspolitischen Weltmacht werden zunehmend als ineffizient erkannt. Die Weiterentwicklung der Union Richtung entscheidungs- und handlungsfähiger Strukturen und Überwindung eines historisch gewachsenen und in den jeweiligen Mitgliedstaaten auf Kosten der Union gepflegten Nationalismus treten zunehmend in das Blickfeld der sicherheitspolitischen Diskussion. Besondere Problematik liegt im Zeitdruck der Herausforderungen an die EU zur Erhöhung ihrer Handlungsfähigkeit. Die Welt schreitet fort, die EU neutralisiert sich selbst. Erschwerend wirkt sich die innenpolitische Konstellation Deutschlands aus. Die dominierende

und zumindest vordergründig auch die EU stabilisierende Kanzlerin tritt ab, die Nachfolgefrage ist sowohl parteipolitisch als auch für Europa offen. Bis in das Jahr 2022 wird diese Übergangsphase voraussichtlich dauern. In ihrem derzeitigen Zustand verliert die EU dramatisch an Zeit und internationalem Gewicht.

Auch vorhandene Kapazitäten zu sicherheitspolitischer Positionierung Richtung Russland und USA und zur Stabilisierung des europäischen Vorfelds in Nordafrika und im Nahen Osten, als einem Hauptausgangsraum irregulärer Migration Richtung EU, werden durch den Ist-Zustand der Union nahezu neutralisiert.

Die USA hatten unter Trump wenig Interesse zu nachhaltiger Stabilisierung des afrikanischen Kontinents gezeigt. Alle Push-Faktoren für Migration sind in Afrika gebündelt vorhanden. Pull-Faktoren steigen mit weiterer Ineffizienz eines Immigrationsmanagements der EU mit steigender Intensität. Die EU ist und bleibt überfordert. Für China ist Afrika vor allem ein Rohstofflieferant und ein Meilenstein auf dem Weg zur Weltmacht. Seine Einflussweiterung erfolgt nahezu ungestört und unbemerkt, ohne sicherheitspolitisch stabilisierend und konfliktlösend zu wirken.

Auch die Stabilisierung der Gegenküste der EU im Mittelmeer wird durch Inhomogenität und verschiedene nationale Interessen der EU-Anrainerstaaten verhindert. Das östliche Mittelmeer ist Einflussbereich der Türkei und Russlands geworden. Beide Staaten können mit einem Minimum an Ressourcenaufwand ein Maximum an Gestaltungsmöglichkeiten nahezu konkurrenzlos und ohne wirksam werdende Regulative generieren. Generell eröffnet eine koordinierte Machtpolitik dieser beiden Staaten Gestaltungsmöglichkeiten von der Levante bis zum Kaukasus und demütigt hierdurch die wirtschaftlich und militärisch eigentlich dominierende EU, die allerdings wegen struktureller Mängel ihrer Institutionen und der Nationalstaaten nur geringe Substanz im Großraum einbringen kann. Auch militärisch wäre die EU eine regionale Großmacht, aber ohne

entscheidungsfähigen politischen Oberbau und ohne einsetzbare militärische Strukturen auf Unionsebene hat sie zwar national viel und kostspieliges Militär aber keine europäische Aktionsfähigkeit.

Dies zeigt sich auch besonders deutlich im Nahostkonflikt. Hier bleiben die USA Hauptgestalter. Für den gesamten Nahen Osten kann angenommen werden: Biden wird einen Mittelweg zwischen Trump und Obama wählen, der Menschenrechtsfragen berücksichtigt, aber US-Sicherheitsinteressen im Zweifel überordnet. Er wird versuchen, im Gegensatz zu Trump, alle Seiten einzubeziehen. Auch für Biden ist die Sicherheit Israels nicht verhandelbar. Biden befürwortet die Zwei-Staaten-Lösung und lehnt Annexionspläne durch Israel ab. Finanzhilfen an die Palästinenser werden wieder fließen und Kooperation wird wieder aufgenommen. Die USA werden wieder die Rolle des ehrlichen Maklers anstreben.³⁰

Biden lobte die „Abraham Abkommen“ Israels mit den Vereinten Arabischen Emiraten, Bahrain und Sudan. Die Aufrüstung in der Region mit US-Spitzen-technologie als Gegenleistung dürfte allerdings von US-Seite hinterfragt werden. Die Menschenrechtslage wird wieder Einfluss auf die US-Politik in der Region erhalten und nicht mehr durch Waffenkäufe kompensiert werden. Der Druck auf Saudi-Arabien zur politischen Lösung der Jemen-Katastrophe wird steigen.

Der neue Präsident beabsichtigt den Wiederbeitritt zum Atomabkommen mit dem Iran, in dessen Entstehung Biden als Vize-Präsident eingebunden war. Die Bedingungen für den Iran sollen aber verschärft werden. Der Versuch einer Entschärfung der Sicherheitslage in der Region wird in Israel teilweise als Appeasement gegenüber den Ajatollahs und radikalen Kräften wie der Moslembruderschaft beurteilt. Die Möglichkeit eines israelischen Präventivschlags gegen einen atomwaffenfähigen Iran wird wieder artikuliert.³¹ Ein solcher ist allerdings ohne Abstimmung mit und Unterstützung durch die USA auszuschließen.

Verhältnis der USA zu Russland dürfte sich nicht verbessern

Der Druck auf die russische Führung durch die neue US-Administration dürfte steigen. Die US-Außenpolitik wird wahrscheinlich wieder von Menschenrechtsagenden und vom Kampf gegen Autokraten geleitet werden. Der potentielle neue Außenminister Antony Blinken spricht „koordinierte Sanktionen“ und das „Aufdecken von Korruption“ an. Mit dieser klaren Ansage hätte Putins engstes Umfeld jeden Grund nervös zu werden.³² Generell dürften die Beziehungen wieder professionalisiert werden, die US-Politik wird nicht mehr von einem erratischen Präsidenten geführt. Das in drei Monaten auslaufende New-Start-Abkommen dürfte ohne Vorbedingungen verlängert werden, allerdings um 5 Jahre. Das wäre länger als Bidens Amtszeit und die Zukunft des Vertrages läge im Ermessen eines Amtsnachfolgers. Vis-à-vis der Ukraine dürften eine Vertiefung des bilateralen Programms in der Verteidigungspolitik und neue Militärhilfen bevorstehen. Die Lösung des Donbass-Konflikts bleibt weiterhin allein von Russland abhängig. Druck auf die Ukraine durch die USA im Sinne Moskaus ist nicht zu erwarten.

Sicherheitspolitischer Gestaltungsspielraum jenseits der eigenen Grenzen ist wegen wirtschaftlicher Ineffizienz und wegen nicht vorhandener Attraktivität des russischen Gesellschaftsmodells kaum gegeben. Die Ausstrahlung Russlands in das Nahe Ausland ist abnehmend. Dies schließt Sprache und Kultur ein. Verstärkte Kooperation mit China ist eine Möglichkeit, Mitgestaltungsmöglichkeiten zu bewahren. Das Ende der Sowjetunion als Weltmacht auf Augenhöhe mit den USA ist noch nicht verkraftet. Das klaustrophobe Grundempfinden der UdSSR ist nach wie vor erkennbar.

USA wieder zurück als Global Player

Weitere sicherheitspolitische Herausforderungen mit steigender Bedeutung auf globaler Ebene sind absehbar: Die Entwicklung und Anwendung der Künstlichen Intelligenz, die Weltraumrüstung, die bevorstehende Klimakatastrophe und

Ressourcenknappheit. Auch in diesen Bereichen sprechen die ersten Signale der neuen US-Administration für den Einstieg in den globalen Wettbewerb zur Gestaltungshoheit. Wiederaufbau von verloren gegangener Soft Power vor allem durch Nutzung internationaler Strukturen und von Netzwerken zeichnet sich ab.

Der neue Präsident artikuliert neulich anlässlich der Vorstellung seines sicherheitspolitischen Führungsteams: „Es ist ein Team, das die Tatsache spiegelt, dass die USA zurück sind, bereit die Welt anzuführen, statt sich aus ihr zurückzuziehen. Ein neues, anderes, America first.“

Generalmajor Mag. Fritz Weber ist AIES Vorstandsmitglied und ehemaliger Leiter des österreichischen Heeres-Nachrichtenamts.

Endnoten

1) Die Reduzierung von national einzubringenden Mitteln in den Ressourcentopf auf EU-Ebene wird als Erfolg für effiziente nationale Politik vis a vis Brüssel gefeiert. Sie bedeutet aber lediglich eine Schwächung Europas im internationalen Spektrum. Sie kann nur kurzfristig innenpolitischen Reputationsgewinn für Akteure bringen, schwächt allerdings längerfristige Perspektiven des Kontinents.

2) US konservativer Historiker R.KAGAN: Sind die Europäer wirklich bereit, den moralischen Preis dafür zu zahlen, eine Interventionsstreitmacht zu werden?

3) Die kaum messbaren Ergebnisse der Initiative der EU unter Federführung Deutschlands zur Eindämmung/Reduzierung des Libyen-Konflikts zeigen die tatsächliche Reichweite der „Sprache der Macht“ der EU ohne glaubwürdige und nachhaltige „Macht“ in der Hinterhand. Der von der Türkei erzwingbare Rückzug von einem eigentlich kontrollierenden türkischen Schiff auf dem Weg nach Libyen ist eine besondere Blamage der EU und weitere Demonstration ihrer politischen Zahnlosigkeit.

4) Deutschland wendet zwar ausreichend Mittel auf, um über eine einsatzfähige Streitkraft verfügen zu können, ist aber augenscheinlich nicht in der Lage, diese Zielsetzung auch tatsächlich zu erreichen.

5) Theo Sommer, bereits Ende der 90er Jahre in „Die Zeit“.

6) Ein Statement eines Angehörigen der US-Administration auf die Frage, welche Ausgestaltung aus US-Sicht der Sicherheitsrat der VN haben sollte: Nur ein Mitglied, die USA.

7) Trans-Pacific Partnership (TPP) sollte China ausschließen und unter Führung der USA Anrainerstaaten des Pazifiks (Indien mit Beitrittsoption) wirtschaftlich zusammenführen. Trump sistierte den nach 7-jährigen Verhandlungen bereits unterschriebenen Vertrag mit Amtsantritt, die USA verloren massiv an glaubwürdiger Leadership. Die wirtschafts- und damit sicherheitspolitische Sogwirkung Chinas in den pazifischen Raum konnte wirksam werden. Diese Sistierung wird vielfach als der nachhaltigste Fehler der Präsidentschaft Trumps beurteilt.

8) Am 15.11.20 vereinbarten die 10 ASEAN-Mitglieder mit China, Japan, Australien, Südkorea und Neuseeland auf einem Gipfel in Hanoi eine Regionale Umfassende Wirtschaftspartnerschaft

RCEP mit 2,2 Mia Menschen und 1/3 der Weltwirtschaftsleistung. Zollverringering, Handelsregeln, Dienstleistungen, Investitionen, E-Kommerz, Telekommunikation und Urheberrechte werden erfasst. Diese Partnerschaft ist die weltweit größte. Die Sisierung von TPP durch Trump schwächt die Position der USA im Pazifik und stärkt Chinas Einflussmöglichkeiten.

9) Soft Power oder Smart Power repräsentiert Überzeugungs- und Anziehungskraft, vor allem aber Autorität, Glaubwürdigkeit und fallweise die Modellhaftigkeit eines Landes - „The ability to attract“. Die Soft Power Chinas ist der indirekte und nicht-militärische Einfluss der KPCH, der außerhalb des Landes auf der ganzen Welt beobachtet werden kann. Bereits 2007 forderte der chinesische Präsident Hu Jintao von der KPCH eine Vergrößerung der Soft Power.

10) So baut China, ein Land mit eklatanten Menschenrechtsverletzungen, das die Medienfreiheit und freies Internet bedroht, seinen Einfluss in den VN beständig aus. Seit April 2020 stellt China eines von 5 Mitgliedern in der sogenannten Consultative Group im VN-Menschenrechtsrat. China hat somit in Hinkunft maßgeblichen Einfluss auf die Gewichtung von Menschenrechtsverletzungen durch die VN. Die USA hatten 2018 den Rat verlassen, nun nutzt China das Vakuum. China führt 4 von 15 VN-Sonderorganisationen. Kein anderes Land der Welt leitet mehr als eine Sonderorganisation. Die Einstellung der WHO-Unterstützung während der Corona-Pandemie durch die USA eröffnet weitere Entfaltungsmöglichkeiten für China.

11) Etwa bis zu Beginn der umfassenden Machtübernahme durch Xi Jinping in China folgte das Land dem Grundsatz „Verbig Deine Stärke und warte ab“. Das Selbstbewusstsein Chinas erhielt einen massiven Schub durch die Rolle des Landes im Zuge der Weltfinanzkrise Ende der ersten Dekade des 21sten Jahrhunderts. Noch 2007 wurde artikuliert: Das chinesische System ist dem Westen nicht nur ebenbürtig, sondern vielleicht sogar überlegen. 2017 artikuliert Xi Jinping am Parteitag den Beginn einer neuen Ära, die Volksrepublik werde ins Zentrum der Weltbühne rücken. Der chinesische Traum vom Wiederaufstieg zur Weltmacht.

12) Steven Weber, Direktor des Center for Long Term Cyber security an der Universität Berkely. Spiegel, 45/2020, Die Teilung der Welt

13) Studie der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, Barbara Lippert, Volker Perthes

14) Der digitale Ausrüster des HQ der Afrikanischen Union in Addis Abeba (Äthiopien) ist Huawei. 2018 wurde bekannt, dass daraus mehr als 5 Jahre lang jede Nacht zwischen Mitternacht und 2 Uhr früh große Datenmengen auf Server in Shanghai abflossen. Chinasieht keine Verantwortung.

15) Eine Frequenzversteigerung zu Lasten der Substanz und damit Schwächung der Anbieter wie im Westen findet in China nicht statt.

16) Huawei kooperiert mit dem Amt für öffentliche Sicherheit in Xinjiang, wo Uiguren unterdrückt werden.

17) China exportiert Sicherheitstechnik in 63 Länder mit günstigen Krediten chinesischer Staatsbanken, 81% aller in Indien verkauften Smartphones sind chinesische Produkte, 45% in Afrika. Videospiele haben einen Jahresumsatz von ca. 90 Mia Dollar. Der Datengewinn potenziert den Gewinn für chinesische Konzerne. Gemäß einer Studie der Carnegie Stiftung waren mit Überwachungstechnik US-Unternehmen in 32 Länder aktiv.

18) China hat 2018 Chips um 300 Mia\$ importiert. 240 Mia\$ wurden für Rohölimporte aufgewendet. Der chinesische Vorrat an Mikrochips für Hochleistungshandys dürfte nur bis Frühjahr 2021 reichen.

19) „Made in China 2025“ ist ein erster Schritt in einem strategischen Plan, einer Initiative zur umfassenden Aufwertung der chinesischen Industrie. Die USA (Council on Foreign Relations) beurteilen ihn als eine „echte existentielle Bedrohung für die

Technologieführerschaft der USA“. In einem letzten Schritt soll China bis 2049, 100 Jahre Volksrepublik, die führende Industrienation an der Weltspitze sein. Chinasieht den mehrstufigen Plan mit Vorgaben der WTO kompatibel.

20) Joschka Fischer, Willkommen im 21. Jahrhundert, Seite 122, Kiepenheuer und Witsch.

China investiert 100 Mia. Dollar in Forschung und Entwicklung von KI. Die USA analog. Chinastrebt ab 2030 die Führungsrolle bei KI an. Die EU ist mit 20 Mia Dollar dabei, Deutschland mit 3 Mia. Gemäß einer Umfrage des deutschen TÜV-Verbandes nutzen 11% der deutschen Unternehmen KI-Anwendungen. Neben Mangel an qualifiziertem Personal werden Haftungsfragen, Datenschutzkriterien und finanzielle Probleme als Hemmnisse genannt. (Klaus Bolt, Die Welt online, 131120)

21) Die Modernisierung der US-Systeme als Ganzes kostet einer Studie des US-Rechnungshofes folgend etwa 1,2 Billionen US-Dollar.

22) Welt+ Die Atomwaffenallianz, die alles verändert. 24.10.19

23) Im Zuge des Zusammenbruchs des Chinesischen Reichs zwischen 1842 und 1911 verlor China nicht nur Hongkong und Taiwan, sondern auch das tributpflichtige Korea (letztere an Japan). Auch die Küstenprovinzen östlich des Ussuri und das Gebiet nördlich des Amur gingen an Russland, wie auch der Nordwesten von Sinkiang. Die Äußere Mongolei ist heute souverän, die Innere Mongolei ist Teil Chinas geblieben. Burma wurde ab 1886 britisch, Indochina und Laos in den 80er Jahren Französisch. Auch sie waren somit nicht mehr tributpflichtig, ebenso Nepal. Die bis dahin tributpflichtigen Ryukyu Inseln (südwestlich von Kernjapan mit der Hauptinsel Okinawa, zwischen Taiwan und China) wurden von Japan okkupiert. Auch die Senkaku Inseln werden seit 1895 von Japan kontrolliert, aber heute von China und Taiwan beansprucht. Die zukünftige Weltmacht China verfügt somit über ein an Bodenschätzen (auch im südchinesischen Meer) reiches „Nahes Ausland“ mit historisch unterlegbaren Begehrlichkeiten, weit über Taiwan hinausgehend.

24) Die USA konzentrieren ihre Ressourcen zunehmend auf eine zulaufende Konfrontation mit China in Asien.

25) Das gesamte BIP der EU belief sich 2018 auf etwa 15,9 Bio Euro. Ohne GB verbleiben 13,5 Bio.

26) Gemeinsam könnten der größte Flächenstaat der Erde und das bevölkerungsreichste Land der Erde sich der US-Hegemonie entgegenstemmen (Botschafter der VRCH in Moskau).

27) Kosten 55 Mia Dollar.

28) Der russische Außenhandel mit Deutschland im ersten Halbjahr 2020 beträgt nur noch 7,3% des gesamten russischen Handelsvolumens, 0,7% weniger als im Vorjahr. Chinakonnte seinen Anteil um 1,2% auf 17,8% steigern. Der fallende Rubelkurs zwingt die russische Wirtschaft zum Rückgriff auf chinesische Alternativen. Viele russische Produkte können auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren. China wird hingegen auch durch Setzen von Standards in der Eurasischen Wirtschaftsunion immer stärker.

29) Vom UNHCR als solche bezeichnet.

30) Die große Biden-Skepsis des Nahen Ostens, Christine Ken-sche, Welt online vom 09.11.20

31) Ibid

32) Bidens neuer Kalter Krieg, Pavel Lokshin, Welton line vom 11.11.2020.



© Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2020

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder vergleichbare Verwendungen von Arbeiten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) sind auch in Auszügen nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. Die im AIES-Fokus veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder.

Dr. Langweg 3, 2410 Hainburg/Donau
Tel. +43 (1) 3583080
E-Mail: office@aies.at
Website: www.aies.at

Layout: Medienbüro Meyer